

Uniting for Climate Action – Paris entschlossen umsetzen

Kernbotschaften aus den Vorträgen beim Briefing vor der 23. UNFCCC-Klimakonferenz
im Bundesumweltministerium, 20. Oktober 2017

Prof. Dr. Gernot Klepper, Abteilung Umwelt und natürliche Ressourcen, Institut für Weltwirtschaft
an der Universität Kiel

Paris als Chance für eine klimagerechte Zukunft

1. Weil alle nationalen Klimaschutz-Maßnahmen auf freiwilliger Basis erfolgen, ist es entscheidend, dass die Weltgemeinschaft darüber informiert ist, wer wie viel zum Pariser Ziel beiträgt. Größtmögliche Transparenz erzeugt auch den moralischen öffentlichen Druck, die Beiträge an die Ziele des Pariser Abkommens anzupassen.
2. Jeder Staat sollte schon im Eigeninteresse etwas gegen den Klimawandel tun, denn es wird immer deutlicher, dass ein beträchtlicher Teil der Kosten des Einsatzes fossiler Energieträger lokale Umwelt- und Gesundheitsschäden sind.
3. Niemand hat vorhergesagt, wie schnell die Kosten der erneuerbaren Energien fallen werden. Was vor zehn Jahren noch hoch subventionierter Strom aus Wind- und Sonnenenergie war, ist heute die nahezu günstigste Energieform. Deren Kosten werden in den kommenden Jahren um weitere 30 bis 50 Prozent fallen.
4. Ein großer Teil der Unternehmen weltweit hat erkannt, dass die Zukunft nicht bei den fossilen Energien liegt. Die Unternehmenswerte der großen Kohle- und Erdölfirmen sind zum Teil drastisch an den Börsen gesunken, während die Vorreiter von erneuerbaren Energien hohe Börsenbewertungen erzielen.
5. Trotzdem reagieren viele Regierungen auf den politischen Druck der fossilen Interessengruppen, das etablierte Energiesystem möglichst lange zu erhalten. Sie handeln dabei nicht im Interesse der Mehrzahl ihrer Bürger und schon gar nicht im Interesse ihrer zukünftigen Generationen. Die Regierungen sollten die Transformation des Energiesystems mit konsequenter Klimapolitik aktiv unterstützen und so eine klimagerechte Zukunft gestalten.

Anforderungen der internationalen Gewerkschaftsbewegung an die COP 23 in Bonn

1. Ambitionen erhöhen und das Beschäftigungspotential von Klimaschutz realisieren
Die COP23 muss Ergebnisse liefern hinsichtlich konkreter Initiativen zu Reduzierung von Emissionen noch vor 2020.
Für den im nächsten Jahr anstehenden Facilitative Dialogue 2018, der die Basis für die fünfjährigen Überprüfungszyklen legen soll, müssen solide, demokratische Modalitäten festgelegt werden. Die zukünftigen Überprüfungsmechanismen müssen das angestrebte Ziel, deutlich unter 2 ° C zu bleiben, auf Basis der wissenschaftlichen Grundlagen zum Klimawandel, der demokratischen Beteiligung aller Gruppen und nach dem Prinzip der Fairness festlegen.
2. Bereitstellung von Klimafinanzierungen und Unterstützung der am stärksten gefährdeten Länder
Die COP23 muss Gewissheit darüber bieten, wie die Klimaschutzverpflichtungen erreicht werden können. Es müssen ausreichende finanzielle Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, um die Widerstandsfähigkeit der Bevölkerung gegenüber den Auswirkungen des Klimawandels und die Bemühungen zur Emissionsminderung zu unterstützen und einen gerechten Übergang zu einer CO₂-freien Wirtschaft zu ermöglichen. Die derzeitigen Verpflichtungen zur Mobilisierung von 100 Mrd. US-Dollar jährlich bis 2020 sollten zugleich Grundlage und Ansporn für die Finanzierung nach 2020 sein.
3. Sich für einen gerechten Übergang für Arbeitnehmer und ihre Gemeinschaften einsetzen
Das Pariser Abkommen hat einen ersten Schritt zur Sicherung des Versprechens auf einen gerechten Übergang für die Arbeitnehmer gemacht. Die COP23 muss dieses Versprechen durch einen Aufruf an alle Beteiligten untermauern, Elemente von Just Transition in ihre NDCs einzubauen und die zukünftige Arbeit zu diesem Thema unter dem Subsidiary Body for Implementation (SBI) und dem Subsidiary Body for Scientific and Technological Advice (SBSTA) zu empfehlen. Dies ist unerlässlich, um die Herausforderung des industriellen Wandels in allen Sektoren und insbesondere der Arbeitsplätze und Existenzgrundlagen für Arbeitnehmer in emissionsintensiven Industrien zu unterstützen. Nationale Beiträge und Roadmaps zur CO₂-freien Entwicklung sind entscheidend für den Aufbau einer langfristigen Vision und solider Pläne zur Transformation unserer Volkswirtschaften sowie zur Förderung nachhaltiger Investitionen in mittel- und langfristiger Perspektive.

Prof. Dr. Dr. Peter Höppe, Leiter GeoRisiko Forschung, Munich Re

1. Die Menschen in den ärmsten Ländern sind am stärksten vom Klimawandel betroffen.
Sie haben in der Regel keinen Zugang zu Versicherung, könnten sich meist auch keine risikoadäquate Prämie leisten.
2. Intelligente und effiziente Versicherungslösungen, die von den Verursachern des Klimawandels unterstützt werden, erhöhen die Resilienz der Volkswirtschaften und Gesellschaften in diesen Ländern.

Ingrid-Gabriela Hoven, Ministerialdirektorin Abteilung Globale Zukunftsaufgaben,
Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

1. Schon heute sind die Folgen des Klimawandels für die Ärmsten der Welt eine Existenzfrage. Damit das nicht so bleibt, muss die Weltwirtschaft nicht nur auf erneuerbare Energien umgestellt werden, sondern es muss auch massiv in Anpassungsmaßnahmen investiert werden, z. B. in dürreresistentes Saatgut, nachhaltige Bewässerung und Küstenschutz. Wo die Bedrohung dennoch steigt, müssen wir intelligenter mit den verbleibenden Risiken umgehen, z.B. durch Klimarisikoversicherungen.
2. Um schneller nachhaltige Lösungen zur Steigerung der Resilienz der Ärmsten zu entwickeln und in die Breite zu tragen, brauchen wir schlagkräftige Allianzen mit allen relevanten Akteuren. Hier geht Deutschland voran, z. B. mit der NDC Partnership und der InsuResilience Global Partnership.